

KAPITEL I

EINLEITUNG: GESCHICHTLICHER HINTERGRUND

1.1 Das Spannungsfeld zwischen Restauration und Revolution (1815-1848)

Nach dem Einschnitt der Französischen Revolution von 1789 ist die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts für Deutschland von zwei entscheidenden Ereignissen geprägt: erstens dem Wiener Kongress (1814/15), mit dem nach den Befreiungskriegen und dem Ende der Herrschaft Napoleons die monarchische Ordnung Europas erneuert wurde; zweitens von der Märzrevolution im Jahre 1848. Diese wichtigen Ereignisse lassen sich als zwei Gegenpole verstehen, nämlich von Restauration und Revolution, und sie bilden die Eckpunkte einer wichtigen Epoche, die sich zwischen diesen Gegenpolen befindet. Diese Epoche ist je nach Bezug auf einen der beiden Pole unter den Begriffen Biedermeierzeit oder Vormärz bekannt.

Der Wiener Kongress sollte die „alten Werte“ bewahren und Europa Frieden bzw. Ruhe gewährleisten: *„Eine konservative Utopie zu errichten war die Zielsetzung des Wiener Kongresses, dessen Ergebnis das sogenannte Kongresseuropa bildete“* (Schwarz, 2002: 15). Die vorangegangene Französische Revolution, die die konservative Ordnung bedroht hatte, ließ sich aber nicht einfach ungeschehen machen. Immer noch versuchte eine neue Generation gegen die alten Traditionen der Vätergeneration zu protestieren. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen gingen weiter. Die Jahrzehnte des Biedermeier sind also keine Zeit der beschaulichen Stagnation, sondern eine Epoche von Spannungen, die sich 1848 im Revolutionsversuch entladen. Politisch treffen Konservative, Liberale und Demokraten, gesellschaftlich traditionelle (bäuerliche und handwerkliche) und kapitalistische Wirtschaftsformen aufeinander. Wie es Theodor Mundt sehr anschaulich ausdrückt: *“So gleicht unsere Zeit dem April, dem Zwischenmonat”* (zit. ebd.).

Möchte man die Geschichte des 19. Jahrhunderts zusammenfassen, kann man auf die zwei gegensätzlichen sozial-politischen Idealvorstellungen sicherlich nicht verzichten.

Gemeint sind Liberalismus und Konservatismus, die in diesem Zeitalter sehr bezeichnend waren. Der Liberalismus gilt als das Erbe der Aufklärung und des Philosophen Kant. Er wurde beim aufsteigenden Bürgertum durch die Französische Revolution erneuert und hervorgerufen. Aus liberaler Sicht war die Politik nicht die Angelegenheit von Hof und Aristokratie, an der die Bürger keinen Anteil hatten, sondern „die Gesellschaft wurde politisch und artikulierte sich in unterschiedlichen Richtungen“ (Nipperdey, 1998a: 286). Das Bürgertum, das den Liberalismus bekanntlich vertritt, setzte sich mit den althergebrachten Gegebenheiten, mit den überlieferten Traditionen und auch mit dem von der Fürstenherrschaft durchgesetzten politischen Programm auseinander. Dies zeigte sich deutlich bei den Burschenschaften, dazu gehörend Professoren und Studenten, die die von Metternich verkündete Restaurationspolitik als reaktionär betrachteten. Sie misstrauten Metternichs konservativer Politik und auch der traditionellen Ordnung, die Metternich wiederzubeleben versuchte. Als der Schriftsteller August von Kotzebue durch den Studenten Karl Ludwig Sand 1819 ermordet wurde, fühlte sich die Aristokratie bedroht. Kotzebue hatte sich an der geplanten Unterdrückung der Burschenschaft beteiligt und in seiner Zeitschrift die Ideale der Burschenschaft verspottet. Die Befürchtung der Aristokratie führte zu den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und Sand wurde im folgenden Jahre hingerichtet, um die liberale Bewegung abzuschrecken. Mit solcher Gewalttätigkeit reagierte Metternich auf die nationalen und liberalen Herausforderungen des Kongresssystems seit dem Wartburgfest von 1817 (Schwarz, 2002: 15). Auf der Karlsbader Konferenz wurde darüber diskutiert, wer eigentlich seine Politik bedrohte und mit welchen energischen Maßnahmen die Bedrohung zu beseitigen war. Mit den Karlsbader Beschlüssen wurde die Burschenschaft verboten. Zudem wurden das Auftreten und Verhalten von Professoren und Studenten an Universitäten durch einen „außerordentlichen landesherrlichen Bevollmächtigten“ überwacht (Müller, 1996: 149).

„...Die Bundesregierungen verpflichten sich gegeneinander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der Öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des

ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen....“ (Aus den Karlsbader Beschlüssen vom 20. September 1819. Zit. nach InfoPol, 1999: 6)

Die beginnende Dynamik der Presse und Medien in dieser Epoche soll hier auch erwähnt werden. Wegen der Furcht davor, dass nationale und liberale Bestrebungen durch Presse und Medien vermittelt werden könnten, griffen die Karlsbader Beschlüsse auch auf die Massenkommunikation über. Das Pressegesetz in den Karlsbader Beschlüssen besagte, dass alle Zeitungen, Zeitschriften und sonstige Druckschriften unter 20 Bogen (= 320 Seiten) im Druck der Pressezensur unterliegen mussten. Dies galt für das ganze Deutschland, obwohl das Ausmaß der Bestimmungen in verschiedenen Bundesstaaten unterschiedlich war: *„Während die norddeutschen Staaten und Österreich dabei konsequent und streng verfahren, folgten die süd- und mitteldeutschen (Klein-) Staaten - zumindest zeitweise - eigenen Interessen und Traditionen“* (Wilke, 2000: 186). Die Presse und Medien erschienen der Fürstenherrschaft als gefährliche Waffe, die der Nationalbewegung nicht ohne Kontrolle vom Obrigkeitsstaat zur Verfügung stehen sollte. Die Tatsache, die die Fürstenherrschaft nicht einmal ahnte, war, dass die Kontrollmaßnahmen nie eigentlichen Frieden und Ruhe herstellen konnte.

„Der Gesellschaft wurden nicht nur Informationen und Meinungen vorenthalten, sondern die Möglichkeit verwehrt, sich durch Kommunikation als politisches Subjekt zu konstituieren. Dies erzeugte zwangsläufig einen Überdruck und provozierte Reaktionen, die einer gedeihlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht förderlich waren“ (ebd.: 215).

Der freie Meinungsaustausch in der Öffentlichkeit kann dazu dienen, sozial-politische Konflikte auszugleichen. Diese Möglichkeit zu verwehren bedeutet die Konflikte zu verschärfen: *„Die Zensur, so Thomas Nipperdey, hat einen Teil der intellektuellen Opposition bis in Irreale radikalisiert, sie hat die kontinuierliche freie Aussprache verhindert“* (ebd.).

Aufgrund der Repression der Presse durch die obrigkeitliche Kontrolle wendete sich die gesellschaftliche Kommunikation einer neuen Form der Kommunikation zu: der

Versammlung. Diese Form der personalen Kommunikation war von größerer Bedeutung und entwickelte sich zu politisch wirkenden Vereinen, die schließlich auch mit amtlichen Maßnahmen konfrontiert waren.

Trotz aller Repressionsmaßnahmen Metternichs schien die nationale liberale Bewegung nicht in Resignation zu versinken. Je mehr energische Maßnahmen die Herrschaft einsetzte, um die von Metternich erzwungene politische Ruhe zu halten, umso mehr Anlässe gab sie der Nationalbewegung zu protestieren. Innen wurde die Nationalbewegung durch die Kontrollmaßnahmen unter Druck gesetzt, während sie Anregung von Außen zum Aufstand bekam: *„Die französische Julirevolution des Jahres 1830 gab nicht zuletzt der deutschen National- und Verfassungsbewegung neue und kräftige Impulse“* (InfoPol, 1999: 5). Das Hambacher Fest vom 27. bis zum 30. Mai 1832, an dem etwa 30.000 freiheitlich gesinnte Menschen teilnahmen, ließ sich nicht wie das vorhergehende Wartburgfest ansehen, bei dem sich lediglich Professoren und Studenten versammelt hatten. Zum Hambacher Fest kamen bemerkenswerterweise nicht nur Akademiker, sondern auch viele Bürger, Handwerker und Arbeiter. Metternich ergriff abermals verschärfte Maßnahmen. Die Initiatoren des Hambacher Festes wurden verfolgt und verhaftet, manche konnten die Flucht ins Ausland ergreifen. In der ersten Phase der Restaurationspolitik (1815-1820) stimmten zwar die meisten Deutschen mit dem Vorhaben Metternichs überein, weil sie sich davon die Rückkehr in die ruhige Zeit vor 1789 erhofften. Als aber die wirtschaftliche und politische Krise in den dreißiger und vierziger Jahren eintrat, und immer mehr Menschen darunter litten, erwies sich die Restaurationspolitik als erfolglos.

„In dem Epochenjahr 1840 fand das Restaurationszeitalter dann unwiderruflich sein Ende. Es begann die in die Märzrevolution des Jahres 1848 einmündende Phase des Vormärz, die durch neue Entwicklung in der Außen- und Innenpolitik gekennzeichnet war“ (ebd.: 5). Das Zitat deutet uns zweierlei an: zum einen weist es auf den völlig gescheiterten Versuch Metternichs hin, seine Restaurationspolitik zu betreiben, zum anderen verweist es auch auf den Grund für das Scheitern. Neue politische Entwicklungen sind der Schlüssel zum Verstehen, warum Deutschland nach Ansicht der Nationalbewegung nicht mehr zu der von Metternich erhofften traditionellen Ordnung wie vor der Französischen Revolution zurückkommen konnte. Werfen wir

einen kurzen Blick auf die internationalen Beziehungen, finden wir heftige politische Auseinandersetzungen. Zu nennen sind die Freiheitskämpfe von Griechen oder Polen und die Orientkrise, in der die Türkei ägyptischen Unabhängigkeitsbestrebungen entgegentrat. Solche Ereignisse erweckten die Aufmerksamkeit der deutschen liberalen Nationalbewegung. Ihr Interesse an den internationalen Ereignissen geht zurück auf das Verlangen nach einem angemessenen Modell für Deutschland. Der Historiker Friedrich Dahlmann (1785-1860) bezeichnete beispielsweise den reformfreudigen Verfassungsstaat England als ein gutes Vorbild für Deutschland (ebd.).

Außerdem fand sich dieses Epochenjahr im imperialistischen Zeitalter, wo Kolonien, Welthandel und Flotten Ziel von allen Großmachtstellung wollenden europäischen Staaten geworden waren. Deutschland war wegen seiner staatlichen Zersplitterung sowie seiner wirtschaftlichen und sozialen Probleme zurückgeblieben. Man befürchtete deshalb, dass Deutschland mit den anderen europäischen Staaten nicht mithalten konnte. Diese Befürchtung trieb das Verlangen nach „Einigkeit und Recht und Freiheit“ an. Dazu kam noch eine Verunsicherung, als Frankreich zur Kompensation seines Machtverlustes im Zuge der Orientkrise den Rhein als Ostgrenze forderte und damit das linke Rheinufer für sich beanspruchte. Diese Verunsicherung rief den Abwehrwillen und das Ehrgefühl der protestierenden deutschen liberalen Nationalbewegung hervor. *„Von nun an herrschte in Deutschland die Überzeugung, dass die Ordnungsvorstellungen des Wiener Kongresses nicht mehr griffen und nur ein starker Nationalstaat für äußeren Schutz sorgen könne. Mit seiner Errichtung würde auch die Fürstenherrschaft in den Einzelstaaten verschwinden“* (ebd.: 6).

Innenpolitisch ließ sich das Überangebot an Arbeitskräften als Vorzeichen für die Wirtschaftskrise ansehen. Das Überangebot an Arbeitskräften entsprang dem rasanten Anstieg der Bevölkerungsanzahl innerhalb des Deutschen Bundes und dem arbeitskräftesparenden Maschineneinsatz. Diese Epoche war also nicht nur durch politische Unruhe gekennzeichnet, sondern auch durch den Beginn der Industrialisierung. Allerdings war Deutschland im Vergleich zur führenden Industriemacht England immer noch weitgehend landwirtschaftlich strukturiert. Die meisten Menschen im Deutschen Bund (60%) lebten von der Landwirtschaft. Der

Rest arbeitete zum einen im Gewerbe (25%) zum anderen im Dienstleistungssektor (15%). Das Zentralproblem ergab sich, als Menschen in die Städte auswanderten, um der Armut auf dem Lande zu entkommen. Dies führte zum anwachsenden arbeitslosen Proletariat in den Vorstädten von z. B. Wien, Berlin, Hamburg, Breslau und München. Aus Statistiken geht hervor, dass gegen 60 Prozent der Stadtbewohner das zum Leben nötigen Mindesteinkommen nicht verdienen konnten. Es entstand eine neue Form der Armut, der Pauperismus. In der Übergangszeit ins industrielle Zeitalter zeigte sich die Industrie noch zu schwach, notwendige Arbeitsplätze anzubieten (ebd.: 7).

Die Lage schien sich immer weiter zu verschlechtern, doch gab es zwei wichtige Projekte, die zumindest einen großen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung leisteten und den Wirtschafts- und Handelsraum erweiterten. Gemeint sind der Eisenbahnbau und der Deutsche Zollverein von 1834. Diese zwei Projekte dienten eigentlich nicht nur dem Aufschwung der Wirtschaft, sondern sie trieben auch das Streben nach einem geeinten Deutschland voran. Der Deutsche Zollverein von 1834 stellte gemeinsame Bestrebungen von norddeutschen und süddeutschen Zollbereichsgruppen dar. Durch die Aufhebung der Binnenzölle wurde der Handelsverkehr erleichtert. Die Deutschen betrachteten den Deutschen Zollverein als ersten Schritt zu ihrem geeinten Vaterland. Der im Jahre 1835 beginnende Eisenbahnbau bereitete den Weg für die Zukunft vor; also für die nationale Einigung, für die wirtschaftliche Erstarkung und für den Aufschwung einer modernen Industrie. Der Projekt stieß anfangs bei Fürsten auf heftige Kritik. Als aber der preußische Generalstab in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 die Bedeutung der Eisenbahnen für den militärischen Sektor erkannte, nahm der Ausbau des Schienennetzes stürmisch zu (Müller, 1996: 155).

Die Wirtschaftskrise der 1840er Jahre erregte jedoch Widerwillen gegen die Fürstenherrschaft, die zu erkennen gab, mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen nicht fertig werden zu können. *„Als über Deutschland, vor allem durch die Mißernten von 1842, 1845 und 1846 bedingt, Hungersnöte, Massenarbeitslosigkeit, Teuerung und Depression hereinbrachen, und zu lokalen Revolten führten, erwies sich die alte Führungsschicht als unfähig, dem heraufziehenden industriellen Zeitalter neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Unwiderlegbar war der Vorwurf der National- und Freiheitsbewegung, eine modernisierungsfeindliche Politik habe es seit*

dem Wiener Kongress versäumt, sich auftragsgemäß um das Wohl des Volkes zu kümmern.“ (InfoPol, 1999: 8)

Gegen Ende der 1840er Jahre erreichte die politische und wirtschaftliche Krise im Deutschen Bund schließlich ihren Höhepunkt. Als die französischen Revolutionsunruhen im Februar 1848 ausbrachen, wurde die Revolutionskraft bei der Nationalbewegung wieder angeregt. Dies führte schließlich zur Märzrevolution 1848. Metternich trat wegen des hohen Drucks zurück und floh nach England.

1.2 Historische Voraussetzungen für den deutschen Liberalismus

Im ersten Abschnitt ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer „Aktion-Reaktion-Beziehung“ zwischen der fürstlichen Obrigkeit und der Reformbewegung geprägt war. Der Kampf zwischen dem Konservativismus und dem Liberalismus spiegelt sich in verschiedenen Ereignissen der behandelten Epoche. In diesem Abschnitt soll gezeigt werden, dass der Liberalismus in Deutschland seinen eigenen Charakter besaß, obwohl er vielfach von dem in Frankreich beeinflusst wurde. Kennzeichnend für die deutsche liberale Bewegung war vor allem, dass ihr Verhältnis zum Obrigkeitsstaat nicht durchgehend feindlich war.

Wie im ersten Abschnitt bereits erwähnt war Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten überaus zurückgeblieben. Im Hinblick auf die Gesellschaftsstruktur war Deutschland von der feudal-ständischen Gesellschaft geprägt. Die Leute waren noch traditionsbewusst und unpolitisch. Zusätzlich neigten allgemein Deutsche aufgrund des unentwickelten Verkehrssystems und der unpraktischen Passkontrolle dazu, sich nur auf ihre Region zu beschränken. Unter diesen Umständen begrüßten die Deutschen begreiflicherweise den Liberalismus mit zögernder Haltung. Der Liberalismus verbreitete sich anfangs lediglich unter *„einer schmalen Schicht, der Gebildeten, der Bürgerlichen, des schmalen ‚Publikums‘, das sich - an öffentlichen Dingen interessiert - im späten 18. Jahrhundert gebildet hat; seine Ideen sind der*

sozialen und politischen Realität der deutschen Staaten und 'Gesellschaften' durchaus voraus“ (Nipperdey, 1998a: 288).

Der Adel war darauf aus, seine Stellung zu bekräftigen, nachdem er das Schicksal der französischen Fürstentherrschaft gesehen hatte. Er glaubte an seine bevorrechtigte Stellung, weil er „*einen angeborenen Sinn für die Macht besaß, was dem deutschen Bürgertum [...] so sehr fehlte*“ (Sagara, 1972: 18). Trotz seiner anwachsenden Zahl war der Mittelstand noch zu schwach. Er fühlte sich politischen Angelegenheiten gegenüber anfänglich nicht verpflichtet und überließ sie deshalb der althergebrachten Oberschicht (ebd.: 16). Es gab in Deutschland keine vorrevolutionäre Situation. Deswegen war die deutsche Reformbewegung schwer zu mobilisieren.

Dass der absolutistische Staat in Deutschland so stark war, war dem aufgeklärten Absolutismus der Zeit Friedrichs des Großen zu verdanken (vgl. Nipperdey, 1998a: 288). Zudem war Deutschland zu der Zeit ein Bundesstaat, der aus 41 Staaten bestand. Es gab keine Hauptstadt, kein politisches Zentrum. Diese Tatsachen machten es den deutschen Liberalen schwer, ihre Kräfte zu bündeln, um ihre Vorhaben gemeinsam in die Tat umsetzen zu können.

Die Beziehung zwischen dem Obrigkeitsstaat und der Reformbewegung in Deutschland kann aber nicht einfach als feindliche Beziehung betrachtet werden. Bereits in der napoleonischen Zeit gerieten die deutschen Fürsten unter französische Vorherrschaft. Unter diesen Umständen sahen sie sich gezwungen, den Staat zu reformieren, um sich von der fremden Besatzung zu befreien. Eine Reihe von inneren übergreifenden Reformen wurde eingeführt. Für die Staatsverwaltung wurden die fünf Ministerien für Inneres, Finanzen, Auswärtiges, Krieg und Justiz geschaffen. Dem Ministerat stand der Staatskanzler vor. Dies wurde als erster Schritt vom absoluten zum konstitutionellen Königtum betrachtet (Müller, 1996: 136). Auf der kommunalen Ebene wurde das Prinzip der Selbstverwaltung umgesetzt. Auf diese Art und Weise konnten sich die Bürger am Gemeinwesen beteiligen: „*Die städtischen Bürger wurden ein in sich gleichberechtigter, staatsunmittelbarer Stand, dessen Mitwirkung an der Selbstverwaltung aber an Besitz und Bildung gebunden blieb*“ (ebd.).

Dazu kamen Versuche, die Wirtschaft in Aufschwung zu bringen. Die Bauernbefreiung, die schon 1807 in Preußen eingeleitet wurde, gewährte den Bauern volles Eigentum des bewirtschafteten Bodens. Damit wurden die Bauern zu gleichberechtigten Staatsbürgern (ebd.: 136). Die Aufhebung der Zunftordnungen ebnete den Weg für die bald aufkommende Industrialisierung und schaffte, wie schon erwähnt, mehr Arbeitsplätze.

Diese Reformen bewiesen, dass die deutsche Fürstenherrschaft eigentlich die revolutionäre Initiative für sich schon längst ergriffen hatte. „*Die Revolution von oben – das entsprach doch zum guten Teil den Zielen der Liberalen; der Staat war zur Selbstkorrektur fähig, war ein Agent der Modernität, des Fortschritts, ja der Freiheit. Das war das Janusgesicht des bürokratischen Obrigkeitsstaates in Deutschland*“ (Nipperdey, 1998a: 289).

Nun lässt sich die Ambivalenz der deutschen Liberalen gegenüber dem Staat viel besser verstehen. Sie waren also zögernd, ob sie mit dem Staat kooperieren oder ihn konfrontieren sollten.

Aus dem bis hierher bereits Dargestellten möchte ich jetzt schließen, dass das sozialpolitische Verhältnis zwischen der traditionellen konservativen Ordnung und den neuen liberalen Kräften in Deutschland zwar als kämpferisch verstanden werden konnte, aber es waren Rahmenbedingungen vorhanden, die maßgeblich dazu beitrugen, die heftige Auseinandersetzung zu entschärfen. Gehen wir von der Überzeugung des Konservatismus aus, der lautete: „*Es gibt zwischen Revolution und Ordnung nur das Entweder-Oder. Es gibt keinen dritten Weg, keine Mitte*“ (ebd.: 314), muss eingeräumt werden, dass die deutsche konservative Ordnung keine erstarrte Ordnung war. Sie verstand, sich auf veränderte Situationen einzustellen. Ein Erfolg zeigt sich darin, dass die deutsche Revolution nicht zu Terror, Diktatur oder Militärdespotie geführt hat, wie die französische.

1.3 Literarische Verhältnisse als Reflexion der Epoche

Anders als für andere große literarische Epochen wie z. B. Klassik und Romantik gibt es für den Zeitraum zwischen dem Wiener Kongress und der Märzrevolution von 1848 literarhistorisch betrachtet keine zutreffende und umfassende Epochenbezeichnung. Beschäftigt man sich mit dieser literarischen Epoche, stößt man gewiss auf mannigfaltige Begriffe wie „Nachromantik“, „Nachklassische Epigonenzeit“, „Biedermeier“, „Vormärz“ usw. Die Vielfalt der literarischen Stile dieser Epoche enthüllt den seelischen Zustand der Zeitgenossen, vor allem der Dichter, die sich die ruhige Zeit vor 1789 ersehnten. Sie konnten aber die sozial-politischen Veränderungen auch nicht ignorieren. Sie befanden sich also in einer Zwischenlage und litten unter der Zerrissenheit, die zu einer wichtigen literarischen Thematik dieser Epoche wurde.

Die Zerrissenheit war ein Symptom der sozial-politischen Umbrüche der Zeit, wobei die alten konservativen Normen durch progressive Ideen geschwächt wurde. Versucht man die literarische Bewegung dieser Epoche zu erfassen, ist es deshalb erforderlich, die gesellschaftlichen und politischen Szenen in die Überlegung mit einzubeziehen: *„In wenigen Epochen sind Literatur und geschichtliche Entwicklung so miteinander verwoben wie in den ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, weshalb es relevant ist, die literarischen Werke im historischen Kontext zu beleuchten“* (Krywalski und Beimdick zit. nach Schwarz, 2002: 19).

Aus den zahlreichen Begriffen zur Kennzeichnung dieser Epoche heben sich mindestens zwei hervor, welche die literarische Bewegung mit den sozial-politischen Konflikten in Verbindung bringen: Biedermeier und Vormärz. Diese Bezeichnungen verhalten sich, wie schon am Anfang des ersten Abschnitts erwähnt, als Gegenpole. Unter dem Begriff „Biedermeier“ versteht man die Dichtung, die sich nach der Restaurationspolitik richtet. Die biedermeierliche Literatur stellt vorwiegend das harmonische Privatleben in der bürgerlichen Familie dar: *„Das gesellschaftliche Interesse galt vor allem der Wiederherstellung und Pflege des ‚stillen Glücks‘ daheim; Familie und Privatleben wurden großgeschrieben. Kleinbürgerliche Behaglichkeit, Liebe zum Detail, gemütvollte Naturverbundenheit, tiefe Religiosität*

und Heimatbewußtsein prägten die bürgerliche Kultur und Literatur“ (Baumann, 1993: 140).

Wir sehen, dass die genannten Merkmale der biedermeierlichen Literatur den Zielen der Metternichschen Restaurationspolitik entsprachen. Die Dichter, welche der Restaurationspolitik zustimmten, wollten, dass die Ruhe vor der Französischen Revolution wiederkehrte: „*Die stürmischen Unruhen und die Entbehrungen, unter denen die Deutschen in anderen Teilen des Reiches litten, ließen die Menschen mit Wehmut an die > guten alten Tage vor 1789 < denken*“ (Sagara, 1972: 109). Sie glaubten, dass die Freiheitsidee, die in England, Frankreich und Belgien als die Errungenschaft des 19. Jahrhunderts gepriesen wurde, den tatsächlichen Bedürfnissen der deutschen Situation nicht entsprach (ebd.: 110).

Stattdessen setzten sie sich mit den revolutionären Bestrebungen auseinander, indem sie das Bild behaglicher und einfacher Häuslichkeit in der Literatur darstellten. Obwohl die Schriftsteller eigentlich nicht mit der bestehenden Ordnung zufrieden waren, die von Metternich durchgesetzt wurde, misstrauten sie neuen politischen Ideen, „*weil sie dahinter umstürzlerische Bestrebungen witterten*“ (ebd.: 112). Aus diesem Grund fanden sie in der Restaurationspolitik von Metternich die bestmöglichen Richtlinien für das ganze Deutschland. Sie versuchten also, sich an die Wirklichkeit anzupassen und sich ohne Aufbegehren mit der unvollkommenen Welt abzufinden. Zu dem Kreis der Biedermeierschriftsteller gehören Franz Grillparzer (1791-1872), Adalbert Stifter (1805-1868), Eduard Mörike (1804-1875) und Anette von Droste-Hülshoff (1797-1848).

Als sich die Restaurationspolitik von Metternich in den dreißiger und vierziger Jahren als gescheitert erwies, ließ sich die andere literarische Richtung viel deutlicher erkennen, der „literarische Vormärz“ bzw. „das Junge Deutschland“. Diese literarische Richtung setzte sich für liberale Reformen ein und versuchte deshalb „*das politische Bewußtsein der Deutschen zu schärfen und durch die Presse für ein besser informiertes Publikum zu sorgen*“ (ebd.: 190). Während die Biedermeierdichter versuchten, die Menschen zu entpolitisieren, sahen die jungen Schriftsteller des Vormärz es als unbedingt notwendig an, die Gesellschaft politisch zu machen. Charakteristisch für die Literatur des jungen Deutschlands ist die kämpferische Kritik

an den sozialen und politischen Zuständen und das Verlangen nach Reformen. Eine kennzeichnende Gattung für die Zeit vor der Märzrevolution waren die Zeitromane, die viele zeitgenössische Bezüge enthielten und die Erwartungen, Hoffnungen sowie Enttäuschungen der zerrissenen Zeit wiedergaben. Im Hinblick auf den literarischen Stil lehnten die jungen Autoren die literarischen Prinzipien aus der Goethezeit ab. In *Dantons Tod* von Georg Büchner (1813-1837) wird beispielsweise die Einheit der Handlung, eine klassische Forderung für das Drama, aufgehoben. Die Sprache wechselt zwischen derber Umgangssprache und Hochsprache (Baumann, 1993: 150). Als der einflussreichste Schriftsteller des „Jungen Deutschlands“ gilt Heinrich Heine (1797-1856). Sein Gedicht über den Aufstand der hungernden schlesischen Weber, *Lied der schlesischen Weber*, beeindruckte die jungen Autoren sehr. Zu dem Kreis des „Jungen Deutschlands“ gehören Ludwig Börne (1756-1837), Christian Dietrich Grabbe (1801-1836), Karl Gutzkow (1811-1878) und Heinrich August Hoffmann von Fallersleben (1798-1874). Letzterer schrieb 1841 *Das Lied der Deutschen*, dessen dritte Strophe heute der Text der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist.

Die sozial-politischen Umbrüche der Zeit wirkten sich ausschlaggebend auch auf die allgemeinen Künste aus. Sie führten das Phänomen der sogenannten Verbürgerlichung der Künste herbei. Nipperdey erklärt dieses Phänomen wie folgt: „*Verbürgerlichung bedeutet nun seit dem 18. Jahrhundert erst einmal, dass die Künste, sich von den ständischen Auftraggebern lösend, Sache des bürgerlichen, ständeübergreifenden Publikums, also der bürgerlichen Öffentlichkeit werden*“ (Nipperdey, 1998b: 10). Die Künste haben sich vom Mäzenatentum vor allem des Adels befreit. Dementsprechend fanden Literatur und Kunst ein viel breiteres Publikum und sie schlugen zugleich eine Brücke zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen. Das gemeinsame Interesse an Kunst ließ sich deutlich an dem regelmäßigen Theaterbesuch sowohl von Adel als auch vom Mittelstand ablesen. Es herrschte überall helle Begeisterung über das Theater. Zu bemerken war die großzügige finanzielle Unterstützung durch Fürsten: Neben den Hoftheatern entstanden private Unternehmertheater und städtische Theater, die von den Fürsten subventioniert waren (ebd.: 18). Manche Fürsten spielten sogar bei Theateraufführungen mit (Sagara, 1972: 114). So war das Theater der Treffpunkt von Herrschern und Mittelstand. Unter diesen Umständen konnten sie miteinander in entspannter Stimmung verkehren. Der Theaterbesuch diente also nicht nur der gesellschaftlichen Unternehmung und Bildung, sondern ferner der Beilegung

der sozial-politischen Konflikte der Zeit. In diesem Fall hatte das Theater eine Funktion wie ein Parlament: „So war das Theater in jener Zeit tatsächlich der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens, eine Art Ersatz für das dem Volk verweigerte Parlament, wie mit einigem Recht gesagt wurde“ (ebd.: 115). Damit stimmt Nipperdey offenkundig überein, wenn er sagt, dass das Theater Bildungstempel, Kultstätte, Diskussionsforum und Unterhaltungsstätte zugleich sei (Nipperdey, 1998b: 18). Die Fürstenherrschaft hielt das Theater für eine sehr brauchbare Ablenkung von der Politik und förderte deshalb seinen Besuch in jeder Weise (Sagara, 1972: 115). Gleichzeitig erschien das Theater also auch als Institution, die die Aristokratie ausnutzte, um die konfliktgeladene Stimmung zu besänftigen. Ein guter Hinweis dafür ist die Ernennung des früheren Jungdeutschen Heinrich Laube 1849 zum Direktor des Wiener Burgtheaters (ebd.: 114).

Bis jetzt ist es klar geworden, dass Deutschland um 1800 zwar mit bahnbrechenden Umwälzungen konfrontiert war, wobei das aufsteigende Bürgertum sich als Widersacher der obrigkeitlichen Gesellschaftsklasse zu verhalten schien. Es bestanden aber noch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die hoffen ließen, dass diese gegensätzlichen Gesellschaftsschichten in Eintracht miteinander leben konnten. Diese Arbeit befasst sich mit diesem Gesichtspunkt, indem der Autor den Zusammenstoß zwischen der alten, traditionellen Welt und den verschiedenen neuen Kräften am Beispiel von Ludwig Tiecks „Novelle in sieben Abschnitten“ *Der junge Tischlermeister* von 1836 untersucht. Außerdem versucht der Autor darzustellen, wie der Protagonist den Ausgleich zwischen den gegensätzlichen Welten findet, was den schon genannten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weitgehend entspricht. Besonders die drei Theateraufführungen in der Novelle lassen die tragende Funktion des Theaters als „Konfliktausgleich“ hervortreten.

Ludwig Tieck wird meistens als Dichter der Frühromantik betrachtet. Er wurde sogar schon von Friedrich Hebbel, dem bedeutendsten Repräsentanten des literarischen deutschen Realismus um 1850, „König der Romantik“ genannt (Gebhardt, 1997). Man vergisst aber oft, dass sein hohes Lebensalter (1773-1853) ihm erlaubte, seine Werke in verschiedenen literarischen Stilen zu schaffen. Er durchlebte auch die Jahre der sozial-politischen Konflikte. Nach 1819 beschäftigte er sich ausschließlich mit Prosaerzählungen, in denen er Fragen seiner Zeit behandelte: „Sein Spätwerk zeugt

von dem Bemühen, seine Zeit zu verstehen und sie den Zeitgenossen zu deuten. Dabei war er bestrebt, die positiven und tragenden Kräfte des gesellschaftlichen Lebens aufzuzeigen“ (Sagara, 1972: 125). Auch *Der junge Tischlermeister* zählt zu seinem Spätwerk und wird in dieser Magisterarbeit analysiert, um darzulegen, wie Tieck die Konflikte seiner Zeit und Möglichkeiten ihrer Beilegung darstellt. Bevor der Autor aber darauf eingeht, soll das nächste Kapitel dem Leben und Werk von Ludwig Tieck gewidmet werden.



ศูนย์วิทยทรัพยากร
จุฬาลงกรณ์มหาวิทยาลัย